

16.03.2022

Vorlage für die Sitzung des Innen- und Rechtsausschusses

am

Änderungsantrag

der Fraktionen von CDU, Bündnis 90/Die Grünen und der FDP

Zu Drucksache 19/6970

Öffentlicher Dienst als Vorbild im Kampf gegen Rassismus

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag spricht sich entschieden gegen Diskriminierung, Rassismus und andere Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit aus. Demokratinnen und Demokraten, alle gesellschaftlichen Akteurinnen und Akteure, dürfen in ihrem Engagement gegen solche Verhaltensweisen nicht nachlassen.

Rassismus und Antisemitismus stellen sowohl für die hiervon Betroffenen, als auch für unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung eine Bedrohung dar.

Der Landtag bekennt sich dazu, dass kein Mensch in unserem Land aufgrund von Herkunft, Aussehen, Kultur, sexueller Orientierung oder Religion Rassismus oder Diskriminierung ausgesetzt sein darf.

Insbesondere die Politik und die öffentliche Verwaltung haben hier Vorbildfunktion. Die zur Bekämpfung von Diskriminierung und Rassismus entwickelten Handlungsempfehlungen sollen deshalb fortwährend, unter Einbindung zivilgesellschaftlicher Akteurinnen und Akteure unter wissenschaftlicher Begleitung, evaluiert und weiterentwickelt werden.

Die Landesregierung hat in den vergangenen fünf Jahren eine Vielzahl von Maßnahmen, unter anderem den Landesaktionsplan gegen Rassismus angestoßen und umgesetzt, um rassistisch motivierter Diskriminierung entgegen zu wirken. Zu erwähnen ist auch die in Auftrag gegebene Untersuchung zum Werteverständnis und zur Grundhaltung innerhalb der Landespolizei.

Tim Brockmann
und Fraktion

Aminata Touré
und Fraktion

Jan Marcus Rossa
und Fraktion